

**VOLKSWIRTSCHAFTLICHE DISKUSSIONSBEITRÄGE**

**WORKING PAPERS IN ECONOMICS**

Friedrich L. Sell und Felix Stratmann

Downs` ökonomische Theorie der Demokratie 2.0:  
Politische Präferenzen und Gleichheitsaversion

## Autoren / Authors

### **Friedrich L. Sell**

Universität der Bundeswehr München / Bundeswehr University Munich  
Institut für Ökonomie und Recht der globalen Wirtschaft  
Werner-Heisenberg-Weg 39  
85577 Neubiberg  
Germany  
friedrich.sell@unibw.de

### **Felix Stratmann**

Universität der Bundeswehr München / Bundeswehr University Munich  
Institut für Ökonomie und Recht der globalen Wirtschaft  
Werner-Heisenberg-Weg 39  
85577 Neubiberg  
Germany  
felix.stratmann@unibw.de

## Herausgeber/Editors

Prof. Dr. Stefan D. Josten  
Prof. Dr. Karl Morasch  
Prof. Dr. Friedrich L. Sell

Bis zum Jahr 2008 (20. Jg.) erschien diese Reihe unter dem Titel:

Until 2008 published as:

„Diskussionsbeiträge des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität der Bundeswehr München“.

*Dieser Diskussionsbeitrag ist auch als elektronische Version verfügbar unter:  
An electronic version of this paper may be downloaded from:  
[http://www.unibw.de/wow6\\_1/forschung/diskussion](http://www.unibw.de/wow6_1/forschung/diskussion)*

# Downs' ökonomische Theorie der Demokratie 2.0: Politische Präferenzen und Gleichheitsaversion

Friedrich L. SELL und Felix STRATMANN\*

März 2011

## Abstract

In the first place, we sort of recapitulate the Downs-Model and discuss, based on recent empirical findings from Germany, its current relevance. We then extend the original model, taking into account not only the accepted concept of inequity aversion, but also the less known idea of equity aversion. This enables us to gain insight into the relationship between the „true“ individual political preferences, the desired level of income redistribution and the issue of equity aversion. Our extension shows for the case of Germany that – in addition to possible negative welfare effects – a high level of redistribution is in discordance with the median voter and will, most likely, cost decisive votes.

**Keywords:** Downs-Model, democracy, political preferences, equity aversion

---

\*Wir danken Frau Andrea Wolf und Frau Dr. Yvonne Schroth von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. für Ihre Unterstützung. Für hilfreiche Kommentare danken wir Frau Beate Sauer. Wertvolle Literaturhinweise schulden wir schließlich Markus Grabka (DIW, Berlin)

## **Zusammenfassung**

Nach einem kurzen Rückblick auf das Downs-Modell diskutieren wir anhand empirischer Daten aus Deutschland dessen heutige Relevanz unter Berücksichtigung der aus der Fairness-Literatur bekannten Ungleichheitsaversion (UA). Dabei wird der Begriff der sozialen Präferenzen um das neue Konzept der Gleichheitsaversion (GA) erweitert. Dies ermöglicht es, für Deutschland einen Einblick in den Zusammenhang zwischen den tatsächlichen individuellen politischen Präferenzen, dem gewünschten Niveau an gesamtgesellschaftlicher Einkommensumverteilung und der Verteilung von UA und GA in den individuellen sozialen Präferenzen zu gewinnen. Die Erweiterungen am Downs-Modell zeigen, dass – neben möglichen negativen Wohlfahrtseffekten – wegen der Rolle von GA eine zu hohe geplante Umverteilung eine Partei insgesamt erheblich Stimmen kosten kann.

**Schlagwörter:** Downs-Modell, Demokratie, politische Präferenzen, Gleichheitsaversion

**JEL-Klassifikation:** B41, D03, D72, D78

# 1 Einleitung

Der immer wieder aufflammende Streit in der bürgerlichen Koalition von CDU/CSU und FDP bestätigt (wieder einmal) die von Anthony Downs schon 1968 formulierte Vorhersage, dass sich Koalitionsregierungen immer in einem Spannungsverhältnis zwischen dem Drang nach Profilierung der einzelnen beteiligten Parteien und dem Zwang, dem Wähler politische Erfolge vorlegen zu können, aufhalten (Downs, 1968, S. 146ff.). Nun befinden sich die Wirtschaftswissenschaften insgesamt seit geraumer Zeit in einem Prozess der Selbstreflexion und Selbstkritik. Sind davon die aus anderen Disziplinen „importierten“ Erklärungsansätze – wie etwa die ökonomische Theorie der Demokratie eines Anthony Downs – auszunehmen? Wohl kaum! Für uns ist das Anlass genug, das häufig in Lehre und Forschung herangezogene Downs-Modell einer zeitgemäßen Überprüfung zu unterziehen, um herauszufinden, ob dessen theoretische Vorhersagen mit der in Deutschland beobachteten Realität übereinstimmen. Dazu werden wir zunächst, „sine ira et studio“, die originären Gedanken von Downs noch einmal – in der gebotenen Kürze – Revue passieren lassen. Anschließend wollen wir aktuelle Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen zu den politischen Präferenzen der Deutschen heranziehen, um einerseits die heutige Relevanz der Downsschen Theorie, zum anderen aber auch die der in der gegenwärtigen Fairness-Literatur dominierende Ungleichheitsaversion (UA) kritisch zu diskutieren. Dies bietet uns im Anschluss die Gelegenheit, die Bedeutung des neuen, ergänzenden Konzeptes der Gleichheitsaversion (GA) darzustellen und zu zeigen, wie dieses mit den im Downs-Modell behandelten politischen Präferenzen zusammenhängt.

## 2 Das Demokratie-Modell von Anthony Downs

### 2.1 Annahmen des Modells

Das bahnbrechende Demokratie-Modell von Anthony Downs (\*1930), das er – basierend auf seiner Dissertation – in dem Buch „*An Economic Theory of Democracy*“ entwickelte, ist eines der am meisten beachteten und einflussreichsten Werke der Neuen Politischen Ökonomie. Darin schließt Downs an das auf Black (1948) zurückgehende Medianwähler-Theorem (auch wenn direkte Bezugnahmen darauf ausbleiben), an die Arbeiten von Hotelling (1929) und an sein Ausgangswerk<sup>1</sup> von 1957 an, und erklärt das Wahl- und Entscheidungsverhalten von Bürgerinnen/Bürgern sowie den politischen Parteien in einer Demokratie. Trotz aller berechtigten Kritik (Donges und Freytag, 2009, S. 258f.) und vielfältiger Erweiterungen ist das Downs-Modell bis zum heutigen Tage *das* Referenzmodell für die Erklärung des Parteienwettbewerbs in Demokratien geblieben.

In seinem Modell maximieren rational handelnde, eigennützige Individuen bei unvollständiger Information – es handelt sich also um Entscheidungen bei Unsicherheit – durch die Wahl eines subjektiv optimalen zukünftigen Politikprogramms ihren Erwartungsnutzen. Die angesprochene Unsicherheit existiert im Modell für die Individuen hinsichtlich der tatsächlich gewählten Politik durch den Wahlgewinner, der Wahlentscheidungen der anderen Wähler, der Relevanz der individuellen Stimme für den Wahlausgang und bezüglich der tatsächlichen Nutzeneffekte der von der Regierung am Ende gewählten Politik. Unter den *politischen Präferenzen* eines Individuums versteht man dabei die durch das Wahlverhalten ausgedrückten individuellen Präferenzen für genau jenes Parteiprogramm, das die individuelle Zielfunktion maximiert.<sup>2</sup> Anders gesagt: Ein Wähler gibt immer jener Partei seine Stimme, deren Handeln seinen individuellen Erwartungsnutzen maximiert.

---

<sup>1</sup>Downs, A. (1957), *An Economic Theory of Political Action in a Democracy*, *Journal of Political Economy* 65(2), 135-150

<sup>2</sup>Von dieser Definition der politischen Präferenzen werden wir später im Aufsatz abweichen, wenn es darum geht, warum aus den in Wahlen ausgedrückten Präferenzen nicht unbedingt auf die wirklichen Überzeugungen eines Individuums (die tatsächlichen politischen Präferenzen) geschlossen werden kann.

Analog zur Idee des Homo oeconomicus blendet dieser „homo politicus“ (Downs, 1968, S. 7) alle anderen möglichen Ziele, Motive oder Nutzeninterdependenzen aus und trifft seine Entscheidungen ausschließlich anhand einer reinen Kosten-Nutzen-Analyse. Dabei geschieht auch die Beschaffung von Informationen nur in dem Umfang, wie der zusätzliche Nutzen (= Reduktion der Unsicherheit und damit Verbesserung der individuellen Wahlentscheidung) einer weiteren „Einheit an Information“ deren marginalen Kosten entspricht.<sup>3</sup>

Anders als in der Wohlfahrtstheorie angenommen, ist das Ziel der Parteien bei Downs nicht die Maximierung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt, vielmehr wollen die Mitglieder einer Partei über die Maximierung der Wählerstimmen ihren (materiellen und immateriellen wie bspw. Prestige) Nutzen aus der Regierungstätigkeit maximieren (Engelkamp und Sell, 2007). Die Politiker handeln somit aus rein eigennützligen und nicht aus Wohlfahrtsmotiven. Daher wird eine Partei im Downs-Modell wie ein einzelnes Individuum behandelt, deren Ziel die Maximierung der auf sie entfallenen Stimmen ist. Nur auf dieses Ziel hin werden die jeweiligen Parteiprogramme festgelegt. Dabei kann sich eine Partei zwar politisch nach rechts oder links verändern, sie kann aber nicht eine andere Partei programmatisch links oder rechts überholen. Sie darf also keinen zu großen Sprung in der von ihr proklamierten Ideologie machen, da sie sonst für den Wähler unglaubwürdig wird.

## **2.2 Ergebnisse, Aussagen und Interpretation des Modells**

Das Downs-Modell interpretiert die Demokratie als eine Art Markt, auf dem die Parteien wie Oligopolisten ihre unterschiedlichen politischen Programme, zwischen denen sich die Wähler in der Rolle als Nachfrager an der Urne entscheiden, anbieten. Zur Vereinfachung wird das gesamte politische Programm einer Partei als deren Ansicht darüber definiert, „wie stark die Regierung in die Wirtschaft eingreifen soll“, wobei „der (politisch) linke

---

<sup>3</sup>Eine exakte Herleitung des Kriteriums für die optimale Informationsbeschaffung findet sich in Maaß und Sell 1998.

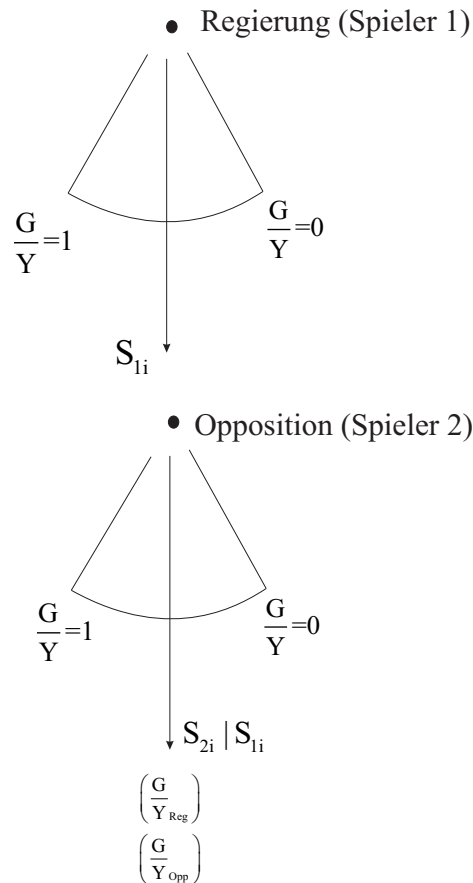
Eckpunkt der Skala die völlige Lenkung der Wirtschaft durch den Staat darstellt, und der (politisch) rechte Eckpunkt eine vollkommen freie Marktwirtschaft bedeutet (...)" (Downs, 1968, S. 112). Genauer gesagt gilt, „dass die Zahl, die den Standort einer Partei angibt, übereinstimmt mit dem Prozentsatz der Wirtschaft, der nach Ansicht der Partei in privaten Händen bleiben sollte“ (Downs, 1968, S. 113). Das „politische Spiel“ bewegt sich somit zwischen den Polen „völlig zentrale Planung und völlig freie Marktwirtschaft ...“ (Klump, 2006, S. 281). Drückt man diesen Wert in der Terminologie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus, so kann man als Annäherung die Staatsausgaben  $G$  im Verhältnis zum Gesamteinkommen oder BIP  $Y$  verwenden. Dies ist ein Ausdruck für den Anteil der Wirtschaft, der sich in staatlicher Hand befindet, der gemeinhin auch als „Staatsquote“ bezeichnet wird. Somit lässt sich jetzt der Standort jeder Partei auf einer Skala feststellen, die am politisch rechten Rand mit einem Wert von  $G/Y = 0$  beginnt und am politisch linken Rand bei  $G/Y = 1$  endet. Das jeweils gewählte Niveau kann dann auch als die vertretene Ideologie einer Partei interpretiert werden, mit der sich diese – in einer unübersichtlichen Welt mit großen Informationsasymmetrien (die Information über das vollständige politische Programm einer Partei ist für die Wähler wegen der extremen Informationskosten kaum möglich) – dem Wähler mit einem bestimmten Punkt auf der genannten rechts-links-Skala präsentiert. Da jedes Individuum seinen eigenen Zielwert an einer eindeutigen Stelle dieser links-rechts-Skala maximiert, ergibt sich somit eine stetige Verteilungsfunktion für die absolute Häufigkeit der Stimmen pro Parteiprogramm. Somit erhält man eine klare Verteilung der in Wahlen ausgedrückten gesamtgesellschaftlichen politischen Präferenzen. Zwar gibt Downs die vereinfachenden Annahmen hinsichtlich der Inhalte der einzelnen politischen Programme im Rahmen seines Modells später wieder auf, dennoch bleiben diese Annahmen aus unserer Sicht im Hinblick auf die wirtschaftlichen Inhalte von Politik zulässig: Geht man davon aus, dass jeder von einer Regierung ausgegebene Euro für bestimmte Individuen Nutzenströme generiert, dass die Regierung für all diese Ausgaben die Kosten der Bereitstellung trägt, und dass die staatlichen Aus-



gaben weitestgehend über Steuern finanziert werden, so können alle diese Kosten zu den Regierungsausgaben aggregiert werden. Diese Ausgaben, ins Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben bzw. dem BIP eines Landes gesetzt (= Staatsquote  $G/Y$ ), können nun wiederum vereinfachend als ökonomische Variable für das unterschiedlich denkbare staatliche Handeln bzw. die unterschiedlichen politischen Programme verwendet werden. Des Weiteren sind solche vereinfachenden Annahmen ganz einfach notwendig, um die komplexe politische und ökonomische Realität in einem Modell darstellen zu können.

### **Exkurs: Darstellung des Downs-Modell in einem spieltheoretischen Ansatz**

Die Programmwahl der Parteien kann auch aus spieltheoretischer Sicht, wie beispielsweise auch schon bei Grüner (2006) für die Analyse des Medianwähler-Theorems geschehen, betrachtet werden. Im Downs-Modell findet letztlich nichts anderes als ein sequentielles Spiel zwischen zwei Parteien statt, bei dem die amtierende Regierung der „first-mover“ ist und die Opposition daher einen strategischen Vorteil hat: Die aktuelle Regierungspartei wählt für die anstehende Wahl zunächst ihr politisches Programm (= ihre Strategie  $s_{1i}$  im in der Abbildung 1 dargestellten Spielbaum) für die nächste Regierungsperiode. Gegeben  $s_{1i}$ , wählt die Opposition dann kurz nach der Regierung ihre Strategie  $s_{2i}$ . Beiden Parteien steht für ihre Strategie das stetige Intervall über  $G/Y$  zwischen 0 (ganz „rechts“ d.h. komplett freie Marktwirtschaft) und 1 (ganz „links“ d.h. komplette Lenkung der Wirtschaft durch den Staat) zur Verfügung. Am Ende des Spielbaums steht in der Abbildung 1 daher auch nicht, wie sonst üblich, eine Auszahlungsmatrix für die beiden Spieler, sondern die von der Regierung und der Opposition gewählten Niveaus von  $G/Y$ . Das Ergebnis dieses Spiels ist, dass jene Partei, die zuerst ihre Strategie festlegen muss, letztlich keine Chance hat, die Wahl zu gewinnen, wenn sie sich nicht strikt an den Präferenzen des Medianwählers orientiert. Denn dann würde sich der „second-mover“ immer infinitesimal näher zu den Median-Präferenzen hin bewegen und somit die Wahl gewinnen. „Daraus erkennt man, dass im 2-Parteien-Fall letztlich allein der Medianwähler wahlentscheidend

**Abbildung 1:** Sequentielles Spiel zwischen Regierung und Opposition

Quelle: Eigene Darstellung.

ist und sich die Parteiprogramme, indem sie sich den Präferenzen dieses Medianwählers annähern, untereinander immer ähnlicher werden“ (Engelkamp und Sell, 2007, S. 385).

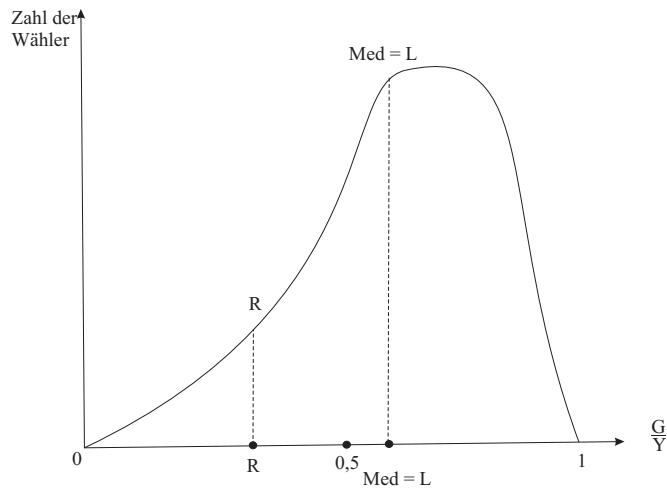
Da die gesamten Regierungsausgaben (=  $G/Y$ ) letztlich individuelle Einkommensveränderungen (über die Ergebnisse von Marktprozessen hinaus) und Veränderungen in der Einkommensverteilung für die einzelnen Individuen als Konsequenz staatlichen Handelns auslösen – woraus sich wiederum die Änderungen in den Nutzenfunktionen der Individuen bestimmen – eignet sich das im Downs-Modell von einer Partei gewählte Niveau an Regierungsausgaben als Proxy-Variable für das jeweilige geplante Maß an Umverteilung in der Gesellschaft. Den anteilmäßig größten Posten an den aggregierten Staatsausgaben bildet der Sozialetat, wobei wiederum ein Großteil dieses Etats aus Trans-

ferausgaben besteht, die zu einer Umverteilung von Reich zu Arm führen. Die staatliche Umverteilung betrifft daher, sei es als Nettozahler oder -empfänger, jedes Individuum und alle für dieses Individuum relevanten Referenzindividuen. Daher geben die politischen Präferenzen für eine bestimmte Höhe von  $G$  gleichzeitig auch einen guten Hinweis auf das gewünschte individuelle Maß an staatlich induzierter, Ungleichheitsreduzierender Einkommensumverteilung, das sich wiederum aus den individuellen sozialen Präferenzen ergibt. Anders gesagt: Die individuelle Wahl eines Parteiprogramms, die individuellen *politischen Präferenzen*, drücken also gleichzeitig auch die individuellen *sozialen Präferenzen* eines Individuums bzgl. dem gewünschten Maß an Einkommensumverteilung aus, da die Höhe von  $G$  jedes  $EK_i$  in einer Gesellschaft betrifft, und diese  $EK_i$  die Determinanten für die individuelle Nutzenfunktion darstellen, die sich wiederum aus der sozialen Präferenzordnung ableitet. Die Maximierung der Nutzenfunktion inklusive möglicher Fairness-Überlegungen oder anderer Einkommens-/Nutzeninterdependenzen führt also zu einem individuell optimalen Niveau der Regierungsausgaben, wobei sich ein ansteigender Wunsch nach Umverteilung in höheren Werten von  $G/Y$  artikuliert. Das Individuum entscheidet sich in der Wahl dann für jene Partei, die dieses Niveau als politisches Programm anbietet.

Die unten stehende Abbildung 2 illustriert nun, angelehnt an die Arbeit von Downs, grafisch einen Zwei-Parteien-Wettbewerb zwischen einer Partei R aus dem rechten und einer Partei L aus dem linken politischen Spektrum. Dabei verwenden wir, um eine ansteigenden Skala von 0 bis 1 auf der Abszisse zu ermöglichen, die Hilfsvariable  $G/Y$  für die Beschreibung der unterschiedlichen Parteiprogramme und legen die von Downs für Industrienationen angenommene linkslastige Verteilung der politischen Präferenzen zugrunde:<sup>4</sup> Somit wird auf der Ordinate die Zahl der abgegebenen Stimmen und auf der

---

<sup>4</sup>In solchen Ländern wird von zwei großen unterschiedlichen politischen (Einkommens-)Klassen, d.h. bspw. „Arbeitern“ und „Industriellen“, ohne große Mittelschicht (also einer relativ großen Einkommensungleichheit) ausgegangen. Die linkslastige Verteilung der politischen Präferenzen (mit einem weiteren kleinen Gipfel rechts von der Mitte) entsteht wegen der Bevölkerungsmehrheit mit kleineren Einkommen mit dem Wunsch nach hohem  $G/Y$ . Daneben gibt es im Downs-Ansatz noch zwei weitere denkbare Verteilungen der politischen Präferenzen: 1) eine Normalverteilung rund um den Modus in der politischen

**Abbildung 2:** Verteilung der Wähler und relative Regierungsausgaben

Quelle: Eigenentwurf.

Abszisse das jeweilige Regierungsprogramm, gemessen an der Höhe der versprochenen relativen Regierungsausgaben ( $G/Y$ ), abgetragen. Im Originalmodell ist das wichtigste Ergebnis dieser Betrachtung die Abhängigkeit des Wahlergebnisses von den politischen Präferenzen im Punkt  $Med = L$  des Medianwählers und die daraus resultierende Annäherung der unterschiedlichen Parteiprogramme. Für unsere Analyse ist der wichtigste Rückschluss aus dieser Grafik aber, dass bei einer solchen angenommenen Verteilung eine demokratische Wahl zu einem hohen Wert der relativen Regierungsausgaben und damit auch zu einem hohen Maß an Umverteilung und Reduktion der gesellschaftlichen Einkommensungleichheit führen wird: Die politisch linke Partei L wird die Wahl gegen die rechte Partei R gewinnen. Im Folgenden wollen wir die Implikationen eines solchen Wahlergebnisses diskutieren und die Frage stellen, was derartige (oder davon abweichende) tatsächliche politische Präferenzen dann gleichzeitig über die gesellschaftliche Verteilung der sozialen Präferenzen in einem Land (hier: Deutschland) aussagen.

---

Mitte (die Parteien orientieren sich am Medianwähler und werden sich in ihren politischen Programmen immer ähnlicher) und 2) eine Verteilung mit vielen Wähler an den extremen Rändern (Wahlen führen zu Wechseln zwischen extremen Politikformen). Eine solche Demokratie ist wegen des hohen innergesellschaftlichen Konfliktpotentials nicht sehr stabil.

## 2.3 Zusammenfassung der für die weitere Betrachtung relevanten Implikationen und Aussagen des Modell von Downs

Wie wir bereits oben gesehen haben, geht Downs in seinem Modell noch von rein eigennütigen Individuen im Sinne des Homo oeconomicus aus. Von dieser Sichtweise wollen wir uns an dieser Stelle abwenden und die Aufmerksamkeit hin zu sozialen Präferenzordnungen als Basis der politischen Präferenzen lenken: Das Konzept der UA spielt in den Wirtschaftswissenschaften schon seit langem eine dominierende Rolle, wenn es um die Betrachtung von Fairness-Konzepten und interpersonellen Nutzeninterdependenzen geht. Das erste Mal wurde die UA formal in einem viel beachteten Aufsatz von Fehr und Schmidt (1999) eingeführt, in dem gezeigt wurde, unter welchen modelltheoretischen Voraussetzungen Individuen aus Einkommensungleichheiten Nutzenverluste erleiden. Dies ist sowohl bei „nachteiliger Ungleichheit“ (d.h.  $x_i < x_j$  für den Zwei-Personen-Fall) als auch bei „vorteilhafter Ungleichheit“ ( $x_i > x_j$ ) der Fall. Übertragen auf die gesamte Gesellschaft, steht die UA also für das angenommene Interesse an einer möglichst großen (Einkommens-) Gleichheit.

Ein solches Konzept sozialer Präferenzen, mit seiner reinen Fokussierung auf die Nachteile die für Individuen aus Einkommensungleichheiten entstehen können, lässt allerdings gänzlich die möglichen Vorteile außer Acht, die einem Individuum (ausgedrückt in höheren Nutzenwerten) aus „vorteilhafter“ Ungleichheit (also der Fall von  $x_i > x_j$  gegenüber dem Referenzindividuum) entstehen können. Dass solche Vorteile existieren, ist in verschiedenen makroökonomischen Betrachtungen und Analysen bereits hinreichend belegt worden: So lässt sich bspw. das Interesse bestimmter Individuen an einem Absetzen von der restlichen Referenzgruppe im Falle des *status-seeking*- oder des *Keep ahead of the Smiths*-Verhaltens im Rahmen der Konsumforschung erkennen. Somit ist in der realen Welt eben nicht jedes Individuum ausschließlich an möglichst großer Gleichheit interessiert. Neben einem Interesse an der Vermeidung großer Einkommensungleichheiten, im Rahmen der sozialen Präferenzordnungen ausgedrückt durch das o.g. Konzept der UA,

ist auch das Interesse an einem gewissen Absetzen gegenüber der restlichen Referenzgruppe für das individuelle Verhalten von wichtiger Bedeutung! Diese gerade genannten Erkenntnisse aus der Makroökonomie haben Sell und Stratmann (2009) für eine „Makrofundierung der Mikroökonomie“ verwendet und das Konzept der Gleichheitsaversion (GA) als Ergänzung zur UA entwickelt. Dieses stellt einen Zusatzaspekt bei der Definition individueller sozialer Präferenzordnungen und damit einen weiteren Ansatzpunkt für die Erklärung von beobachtetem individuellem Verhalten dar. Eine Integration dieses neuen Konzeptes in bereits bestehende Fairness-Konzepte, bspw. in die Werke von Fehr und Schmidt (1999) oder Bolton und Ockenfels (2000), macht das Interesse von Individuen an einem *gewissen Grad* an vorteilhafter Ungleichheit bei Sell und Stratmann (2009) auch auf der Modellebene darstellbar. Mit Hilfe von genau diesem ergänzenden Konzept der GA soll im Folgenden der Zusammenhang zwischen den tatsächlichen individuellen politischen Präferenzen, dem gewünschten Niveau an gesamtgesellschaftlicher Einkommensumverteilung und den individuellen sozialen Präferenzen aufgezeigt werden.

Dabei bestätigt das theoretische Modell von Downs die bei Sell und Stratmann (2009) getroffenen Annahmen hinsichtlich der Stärke von UA und GA in Abhängigkeit vom individuellen Einkommen: Ärmere Individuen (zu deren Nachteil bestehende Einkommensungleichheiten in aller Regel ausfallen und die somit kaum Möglichkeiten haben, sich in ihrem Einkommen positiv von anderen abzusetzen) wünschen sich tendenziell hohe Staatsausgaben und damit ein großes Maß an gesellschaftlicher Umverteilung. Dies ist gleichbedeutend mit einer Dominanz der UA in der sozialen Präferenzordnung, GA kommt bei diesen Individuen kaum vor. Die Individuen höherer Einkommensklassen (mit ihrem im Einkommen steigenden Wunsch und Möglichkeiten, *to keep ahead of the Smiths*) präferieren dagegen ein eher niedriges Niveau an Staatsausgaben und somit ein geringes Maß an gesellschaftlicher Umverteilung, ihre sozialen Präferenzen enthalten eine starke GA. Belege für diesen angenommenen positiven (negativen) Zusammenhang zwischen der Einkommenshöhe und der Stärke der GA (UA) finden sich bspw. in den Ergebnissen von

Untersuchungen zur „subjektiv empfundenen Gerechtigkeit“ in Abhängigkeit vom individuellen Einkommen.<sup>5</sup> Je höher die Einkommensklasse, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Individuen ihren „Anteil am Leben“ (also ihren Status oder verkürzt ihr Einkommen) als gerecht empfinden. Sie betrachten ihre vorteilhafte Einkommensungleichheit gegenüber einem Großteil der restlichen Gesellschaft als etwas positives (= sie generieren Nutzengewinne aus ihrer sozialen Präferenzordnung mit GA). Individuen aus Gruppen mit niedrigerem Einkommen empfinden ihr gesellschaftliches Standing dagegen viel häufiger als ungerecht, sie erleiden also Nutzenverluste aus ihrer nachteiligen Ungleichheit (= UA) gegenüber einem Großteil der Bevölkerung. Somit steigt die Akzeptanz ungleicher Einkommensverteilung (wegen GA-induzierten Nutzengewinnen aus Ungleichheit) mit der Wahrscheinlichkeit, dass das Individuum sich im Bereich vorteilhafter Ungleichheit befindet, also im steigenden eigenen Einkommen.

Hinweise auf die Abnahme von UA (und indirekt auf die Zunahme von GA) in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe finden sich auch in der experimentellen Spieltheorie, die eine sinkende Relevanz von UA für das individuelle Verhalten bei steigenden payoffs beobachtet. Anders als mit einer (als Standarderklärung für diese Beobachtung verwendeten) angenommenen „Rückkehr“ von reinem *selfish behavior* eines Homo Oeconomicus ins individuelle Verhalten und somit der Auflösung von Einkommensinterdependenzen zwischen den Individuen, kann man bei Berücksichtigung der GA jetzt mit einem Wechsel in der „Zusammensetzung“ der sozialen Präferenzen argumentieren: Je höher die payoffs und damit das erreichbare mögliche EK in einem Spiel oder Experiment, umso relevanter wird die GA im Vergleich zur UA für das Verhalten und umso stärker treten mit UA erklärbare Verhaltensmuster (= Vermeidung von EK-Ungleichheiten) in den Hintergrund.

In einer Demokratie, wie in Abbildung 2 dargestellt, die bspw. entsteht, wenn in einem Industrieland die Arbeiterschaft wählen darf, münden Wahlen, wie gesehen, tenden-

---

<sup>5</sup>Vgl. Glatzer (2009), S.17ff.

ziell in Ergebnissen links von der Mitte, da eine linkslastige Präferenzverteilung vorliegt (Downs, 1968, S. 117). Dazu stellt Downs ganz verallgemeinernd fest: „Demokratische Regierungen handeln im allgemeinen zugunsten der Bürger mit niedrigerem Einkommen und zu Lasten derjenigen mit hohem Einkommen (...)“ (Downs, 1968, S. 162). Somit sieht Downs, ein Blick auf die Situation in Deutschland bestätigt diese Annahme, die staatliche Umverteilung grundsätzlich von Reich zu Arm gerichtet, wobei eine steigende Staatsquote  $G/Y$  dann auch ein eindeutiges Indiz für stärkere Einkommensungleichheitsreduzierende Umverteilung darstellt.

Gemäß Downs setzt die Regierung diesen Prozess der Einkommensredistribution nur deshalb nicht bis zur Erreichung von vollkommener Einkommensgleichheit fort, weil es bestimmte, mit der Existenz von Ungewissheit verbundene Probleme gibt (Downs, 1968, S. 195). Dies impliziert, dass es immer im Interesse einer Bevölkerungsmehrheit liegt, dass die Regierung ungleichheitsreduzierend tätig wird. Diese Aussage des Downs-Modells, die mit dem von uns gerade vorgestellten Konzept der GA völlig unvereinbar wäre, werden wir im dritten Abschnitt dieser Arbeit mit aktuellen empirischen Daten aus Deutschland überprüfen.

Ein wichtiger Bestandteil des Modells von Downs ist der Zusammenhang zwischen den individuellen Präferenzen und dem individuellen Wahlverhalten, also den ausgedrückten politischen Präferenzen, die durch die individuelle Nutzenmaximierung auf der Basis der eigenen Präferenzen determiniert werden. Für uns wird es im Folgenden wichtig sein, aus den tatsächlichen politischen Präferenzen (= Einordnung der Wähler entlang einer rechts-links-Skala mit unterschiedlich hohen gewünschten relativen Staatsausgaben) und dem daraus hervorgehenden individuellen Interesse an einem hohen oder niedrigen Grad der Umverteilung in der Gesellschaft einen Rückschluss auf die individuellen sozialen Präferenzen und damit auf die unterschiedliche Stärke von UA und GA zu ziehen. Wir fokussieren also die Implikationen der politischen Präferenzen für die Gleichheitsvorstellungen innerhalb der Gesellschaft. Des Weiteren werden wir auf den Umstand eingehen,

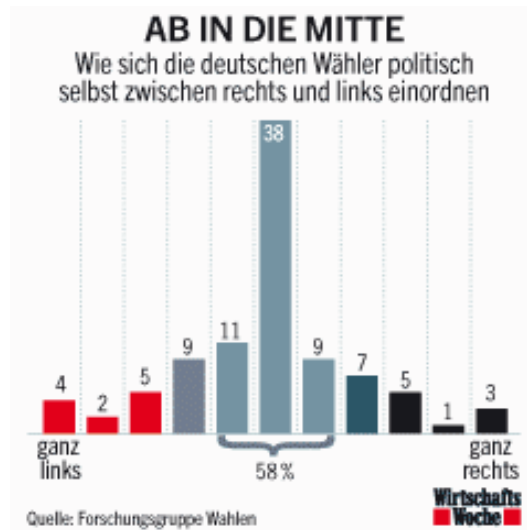


dass die wahren politischen Präferenzen nicht immer unbedingt durch das Wahlverhalten ausgedrückt werden. Dass das Downs-Modell durchaus noch Spielraum für Erweiterungen zulässt, wurde bereits von ihm selbst erkannt, als er feststellte: „Wie alle theoretischen Konstruktionen in den Sozialwissenschaften behandelt es einige wenige Variablen als entscheidend und ignoriert andere, die in Wirklichkeit auch Einfluss haben“ (Downs, 1968, S. 33). Und eben zu diesen Variablen gehören die UA und die GA als Bestandteil einer sozialen individuellen Präferenzordnung, auf Basis derer sich die politischen Präferenzen hinsichtlich des gewünschten Maßes an gesamtgesellschaftlicher Einkommensungleichheit bestimmen. Mit diesen Erweiterungen können dann sowohl auf der Mikro-Ebene individuell unterschiedliches Verhalten anhand der individuellen Präferenzen konkret erklärt werden, als auch auf der Makro-Ebene das gesamtpolitische Verhalten der Gesellschaft.

### **3 Stilisierte Fakten und ihre Deutung**

#### **3.1 Die Interpretation aktueller Befragungen von Wählern in Deutschland im Lichte von Downs' Demokratietheorie**

Die Forschungsgruppe Wahlen hat 2010 für das „Politbarometer“ des „Zweiten Deutschen Fernsehens“ die folgende Auswertung der Befragung einer repräsentativen Wählergruppe veröffentlicht, die von der „Wirtschaftswoche“ (Krumrey, 2010) anschließend abgedruckt wurde. Auf der horizontalen Achse der in Abbildung 3 dargestellten Verteilungsfunktion der politischen Präferenzen in Deutschland ist jetzt nicht der Wert für  $G/Y$  angegeben, sondern es handelt sich um eine subjektive Einordnung der Befragten in einem politischen Spektrum von „ganz links“ (= 0) bis „ganz rechts“ (= 10). Da wir aber ganz im Sinne des Downs-Modells, wie schon im letzten Abschnitt ausführlich dargestellt, davon ausgehen können, dass die „wirtschaftlichen Ansichten“ eines Individuums hinsichtlich der angestrebten innergesellschaftlichen Einkommensumverteilung die dominierende Variable

**Abbildung 3:** Verteilung der politischen Ansichten der Wähler in Deutschland 2010

Quelle: Krumrey (2010), in: Die Wirtschaftswoche (Nr. 5 vom 01.02.10, S. 20); Forschungsgruppe Wahlen.

unter den politischen Ansichten sind,<sup>6</sup> so lassen sich die konkreten empirischen Ergebnisse aus Deutschland sehr gut auf den theoretischen Fall des Downs-Modells übertragen. „Ganz links“ in der Befragung der Deutschen durch die Forschungsgruppe Wahlen steht dann für einen gewünschten Wert von  $G/Y = 1$  und „ganz rechts“ für ein gewünschtes  $G/Y = 0$ . Diese Ergebnisse aus 2010 bestätigen, nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen, im Übrigen die zeitstabilen Ergebnisse von Befragungen bis zurück ins Jahr 1992, wonach sich der Durchschnitt der Deutschen stets als zentrumsorientiert bewertet.<sup>7</sup> Auch werden frühere Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Jahr 2007 bestätigt, in der das Mannheimer Gesis-Leibnitz Institut für Sozialwissenschaften in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Wahlen ein „Links-Rechts-Kontinuum“ auf der Basis von 15 980 Befragungen erstellt hatte. Somit bilden die hier verwendeten Daten repräsentativ eine zeitstabile Verteilung der *tatsächlichen* politischen Präferenzen in Deutschland ab.

Zwei Resultate der vorliegenden Studie durch die Forschungsgruppe Wahlen verdienen eine besondere Beachtung: (1) Die politischen Präferenzen sind in Deutschland

<sup>6</sup>So ist ja auch bspw. das individuelle Einkommen (oder eben dessen Verteilung) in der Mikroökonomik grundsätzlich die Hauptdeterminante des individuellen Nutzens.

<sup>7</sup>Eine grafische Auswertung dieser Befragungsergebnisse findet sich im Anhang A.1 dieser Arbeit.

„normalverteilt“. Dies entspricht nicht dem von Downs angenommenen Fall für eine demokratische Gesellschaft, sondern dem Fall 1 aus der Fußnote 4 dieses Aufsatzes. (2) Knapp 60% der Wählerschaft kann als zentrumsorientiert aufgefasst werden.

Im Folgenden werden wir uns ausführlich mit den Rückschlüssen befassen, die aus diesen empirischen Daten auf die Verteilung der sozialen Präferenzen (und die Stärke der gewünschten staatlichen Umverteilung) innerhalb der deutschen Gesellschaft gezogen werden können. Zuvor wollen wir uns allerdings mit den Auswirkungen dieser Ergebnisse auf die Strategien der politischen Parteien in Deutschland befassen.

### **Exkurs: Auswirkungen der empirischen Ergebnisse auf Parteienstrategien in Deutschland**

Die Normalverteilung der politischen Präferenzen führt, so Downs, in einem Zweiparteiensystem tendenziell dazu, dass beide Parteien gegen das Zentrum konvergieren, weil „im Vergleich zu den vielen Wählern, die in der Mitte zu gewinnen, die möglichen Verluste an den Rändern gering sind.“ (Downs, 1968, S. 114). Nun hat sich in Deutschland allerdings in den letzten Jahren ein Fünfparteiensystem herausgebildet. Downs nahm an, dass in einem solchen Fall das Mehrparteiensystem Reflex einer mehrgipfligen, ja u.U. sogar exakt fünfipfligen Verteilung der Wähler auf der „links-rechts-Skala“ sei. In einem solchen System schielen die Parteien nicht alle in die Mitte, im Gegenteil: Sie werden danach streben, sich ideologisch voneinander abzuheben und die Reinheit ihrer Grundeinstellung zu bewahren.“ (Downs, 1968, S. 123). Wie die Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen oben zeigt, ist dies aber in Deutschland eindeutig nicht der Fall.

Wenn wir einmal, aus Vereinfachungsgründen, die FDP und die CDU/CSU gedanklich zum „bürgerlichen Lager“ zusammenfassen, muss immer noch erklärt werden, wie es Bündnis 90/Die Grünen und der Linken gelang, sich im deutschen Parteienspektrum zu positionieren. Anders gefragt: Wie kam es zur Etablierung von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken in deutschen Parlamenten? Anders als Downs glaubte, war da-

für, also für das Auftreten neuer Parteien, keineswegs „eine Änderung in der Verteilung der Wähler längs der politischen Skala“ (Downs, 1968, S. 126) Voraussetzung. Bündnis 90/Die Grünen haben sich programmatisch gewissermaßen zwischen das Zentrum und die SPD gezwängt und ihr dort Wähler abgenommen, die Linke hat sich dagegen zwischen die SPD und den äußersten linken Rand geschoben und ihr dort wichtige Stimmen abgejagt.

Wenn die Annahme von Downs stimmt, dass Parteien es i.d.R. nicht riskieren können, Konkurrenten „links“ oder „rechts“ zu überholen, weil sie ihre Glaubwürdigkeit und Anhängerschaft bei der eigenen Klientel nicht verlieren wollen, ergibt sich für die SPD – bei Stabilität der Wählerpräferenzen in kurzer und mittlerer Sicht – ein echtes Dilemma: Je mehr Bündnis 90/Die Grünen Wähler links des bisherigen eigenen Spektrums ansprechen und je mehr die Linke Wähler rechts des bisherigen eigenen Spektrums anspricht, desto mehr gerät die SPD in eine gefährliche, weil an Bedeutung stetig abnehmende, Sandwich-Position. Sie könnte das Schicksal der Liberalen in Großbritannien nach Gründung der Labour Party im 20. Jahrhundert erleiden (Downs, 1968, S. 124). Es könnte zu einer „Überlebensstrategie“ der SPD werden, langfristig mit Bündnis 90/Die Grünen zu fusionieren, um so wieder an das rettende Ufer des politischen Zentrums heranzukommen. Die Annäherungsversuche beider Parteien aus dem Jahr 2010 – etwa bei der Suche nach einer halbwegs stabilen Regierung in NRW sowie bei der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl – bestätigen diese Vermutung. Gegeben die oben verdeutlichten politischen Präferenzen, hat die SPD dagegen keinen guten Grund, die Linke zu „schlucken“, da ein solcher Prozess sie am Ende noch weiter vom Medianwähler entfernt.

Das zweite stilisierte Faktum betrifft die stark besetzte (linke und rechte) politische Mitte. Dieser Teil der Wählerschaft entscheidet nicht nur die Wahlen, sondern befindet auch über politisch gewollte Änderungen in der Einkommensverteilung. Hier sind die Ergebnisse der Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen besonders für aktuelle, durch Experimente gestützten Publikationen der „Fairness-Literatur“ von großer

Brisanz: Die Befragungen ergeben ziemlich eindeutig, dass es in Deutschland wohl ebenso eine gesellschaftlich relevante GA geben muss, wie die in der Fairness-Literatur und der experimentellen Spieltheorie<sup>8</sup> seit langem dominierende UA. Auf diesen wichtigen Punkt wollen wir im Abschnitt 3.3 näher eingehen.

## 3.2 Vorteile und Besonderheiten der verwendeten empirischen Daten

Zunächst ist es an dieser Stelle wichtig auf den Umstand einzugehen, dass es einen (potentiell erheblichen) Unterschied geben kann zwischen den in Wahlen oder Wahlumfragen ausgedrückten politischen Präferenzen und der *tatsächlichen Verteilung* der politischen Präferenzen in einer Gesellschaft, die sich aus der individuellen Nutzenmaximierung ergeben. Dass dies der Fall ist, lässt sich gut am Beispiel Deutschlands erkennen: Sind die wahren Präferenzen der deutschen Bürger, wie gerade gesehen, eher zentrumsorientiert und normalverteilt, so fallen die Ergebnisse von Wahlen und Umfragen oft sehr unterschiedlich aus und sind zeitlich gesehen wenig konstant. Ein Beispiel hierfür stellt der, kurz nach der letzten Bundestagswahl eintretende, Absturz der bürgerlichen Koalition in der Wählergunst dar. Im Gegensatz zu dieser Volatilität bei Wahlen sind die Ergebnisse der Einschätzung in einer rechts-links-Skala zumindest in der kurzen und mittleren Frist wie o.g. konstant.<sup>9</sup> Somit erhält man aus den in dieser Arbeit verwendeten Da-

---

<sup>8</sup>So scheint die experimentelle Spieltheorie aktuell noch nicht in der Lage zu sein, alle relevanten individuellen Verhaltensweisen und Einstellungen hinsichtlich der Einkommensverteilung aufdecken zu können. Ein möglicher Grund bezogen auf die GA könnte bspw. im üblichen Setting der Experimente liegen: So ist das Phänomen der GA stark verbunden mit sozialer Nähe; ein Individuum muss es auch wirklich mit einem Smith (also einem Mitglied der relevanten sozialen Referenzgruppe) zu tun haben, damit es ein *Keep ahead of the Smith's*-Verhalten an den Tag legt. Und dies ist bei den gewählten Probandengruppen, die sich meist aus Studenten der Wirtschaftswissenschaften rekrutieren, sicherlich kaum der Fall. Wichtig ist es daher an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass nicht alles, was an Verhalten in Experimenten nicht nachweisbar ist, automatisch auch im individuellen Verhalten keine Rolle spielt. Dass die experimentelle Spieltheorie auch ihre Schwachstellen hat, zeigt nicht zuletzt auch die wachsende Bedeutung von *field experiments* als Mittel zum Nachweis menschlicher Verhaltensweisen.

<sup>9</sup>Dieser Aspekt ist gut nachvollziehbar: So fällt es schwer sich vorzustellen, dass solch grundsätzliche individuelle Überzeugungen, wie die politische Einstellung als „Links“, „Mitte“ oder „Rechts“, sich sehr schnell ändern; somit muss man die politischen Präferenzen zumindest für die kurze Frist als fix annehmen.

ten der Forschungsgruppe Wahlen (obwohl natürlich auch diese nicht frei sind von den hinlänglich bekannten und Stichproben immer innewohnenden methodischen Verzerrungen) einen verlässlicheren Überblick über die tatsächlichen politischen Präferenzen als aus Wahlergebnissen und -umfragen. Die hier verwendeten Umfragedaten sind frei von einigen gravierenden Verzerrungen, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.

Der erste Grund für die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen politischen Präferenzen einerseits und den festgestellten Wahlergebnissen andererseits liegt, wie übrigens auch schon bei Downs angesprochen (Downs, 1968, S. 143ff.), im eigentlichen *Wahlverhalten* der Individuen selbst. Diese wählen nämlich keineswegs immer jene Partei, die ihre Ansichten (bei uns: das konkrete Niveau von G/Y) am besten vertritt, vielmehr sind die Wahlentscheidungen oft von strategischen Überlegungen bestimmt, die die zugrundeliegenden wahren politischen Präferenzen verschleiern können: Rechnet beispielsweise ein Unterstützer der Linkspartei mit einem Sieg des bürgerlichen Lagers in anstehenden Wahlen, so kann es sein, dass er seine Stimme eher der SPD geben wird in der Hoffnung, dass eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine bürgerliche Regierung verhindern kann. Er unterstützt quasi das für ihn „kleinere Übel“. Ein weiteres Problem entsteht, wenn die zur Wahl stehenden politischen Parteien sich inhaltlich nur wenig voneinander unterscheiden und ein Teil der politischen Präferenzen in der Bevölkerung sich daher in keiner politischen Kraft widerspiegeln kann.<sup>10</sup> Dann können diese Präferenzen auch nicht in Wahlen artikuliert werden. Ein anderer denkbarer Grund liegt in den im Folgenden als *politische Schocks* bezeichneten Effekten: Steckt bspw. eine Partei kurz vor der Wahl in einem politischen Skandal (Spendenaffären, Eskapaden von Spitzenpolitikern usw.), so könnten einige Wähler von ihrer rationalen Entscheidung abweichen und aus emotionalen Gründen (Enttäuschung, Empörung usw.) genau jener Partei die Gefolgschaft verweigern, die eigentlich ihre politischen Ansichten am besten vertritt. Nicht zu

---

<sup>10</sup>Im Anhang A.2 zu dieser Arbeit findet sich eine Grafik der Forschungsgruppe Wahlen die zeigt, dass sich die angebotenen politischen Programme der unterschiedlichen Parteien in der Wahrnehmung der Deutschen immer ähnlicher werden.

unterschätzen ist schließlich auch die höchst inhomogene und zugleich instabile „Partei der Nichtwähler“, deren Mitglieder (immerhin knapp 30% der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009) – aus Frustration oder Gleichgültigkeit – ihre wahren Präferenzen erst gar nicht an die Wahlurne herantragen. Es ist also keineswegs zwingend der Fall, dass die in Wahlen ausgedrückte, auch die tatsächliche Verteilung der gesellschaftlichen politischen Präferenzen widerspiegelt. Es gilt die von Downs selbst (wenn auch auf der Basis einer anderen Argumentation als der gerade ausgeführten) getätigte und ziemlich ernüchternde Aussage: „Die meisten Bürger in einer Demokratie wählen nicht auf Grund ihrer wahren politischen Ansichten“ (Downs, 1968, S. 234). Es sind gerade solche Argumente, welche die im letzten Abschnitt analysierten empirischen Daten für Deutschland im Vergleich zu einer reinen Analyse von Wahlergebnissen so aussagekräftig machen.

### **3.3 Die Interpretation aktueller Befragungen von Wählern in Deutschland im Lichte von GA und UA**

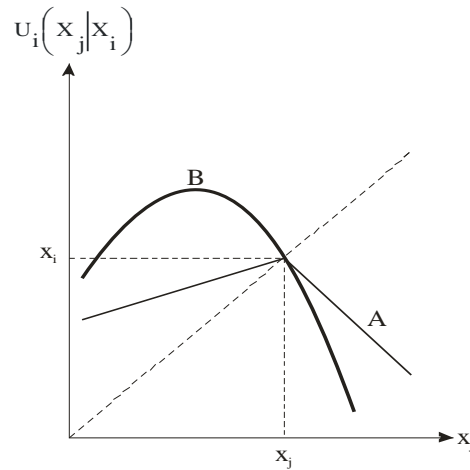
Im Folgenden wollen wir nun auf einen (im Lichte der neu vorgestellten GA) ganz besonders interessanten Aspekt näher eingehen, den Zusammenhang zwischen den individuellen politischen Präferenzen und der Relevanz von UA und GA für die individuellen sozialen Präferenzen (die Zulässigkeit des Schlusses von den politischen auf die sozialen Präferenzen eines Individuums haben wir bereits im Abschnitt 2.2 angesprochen): Aus der in Abbildung 3 dargestellten Verteilung der tatsächlichen politischen Präferenzen in Deutschland erhält man sehr konkrete Hinweise auf die Stärke und Verteilung von UA und GA in den individuellen sozialen Präferenzordnungen. Aus der Einordnung in „rechts“ oder „links“ und den damit einhergehenden gewünschten Werte von  $G$ , ist nicht das genaue (im Sinne von kardinaler oder ordinaler Messbarkeit oder interpersoneller Vergleichbarkeit) Ausmaß an UA und GA bei einem Individuum bestimmbar. Wohl aber liefern bspw. kleine Werte von  $G$  ein sehr starkes und überzeugendes Indiz für vorhandene (und für das Verhalten relevante) GA im Sinne einer individuellen Überzeugung, die sich gegen

zu viel Gleichheit durch Umverteilung und damit gegen den vollständigen Abbau von vorteilhafter Einkommensungleichheit richtet. In der Gesellschaft existieren somit sowohl Präferenzen für eine hohe als auch für eine niedrige Umverteilung, dies ist insgesamt nur erklärbar über eine Präferenzverteilung, in der es ein Zusammenspiel von UA und GA gibt.

Individuen mit einem geringen Einkommen haben, wie in Sell und Stratmann (2009) gezeigt und wie in dieser Arbeit im Abschnitt 2.3 noch einmal erläutert wurde, ein hohes Maß an UA, die GA spielt in ihrer Präferenzordnung keine große Rolle. Wegen den sich aus der UA ergebenden hohen Nutzenverlusten aus gesamtgesellschaftlicher Einkommensungleichheit präferieren sie eine linke Politik, d.h. sie wünschen sich einen hohen Wert der Variable  $G/Y$ . Je höher das individuelle Einkommen wird, umso wichtiger wird der Einfluss der GA im Vergleich zur UA auf die individuellen Präferenzen. Damit steigt auch das Interesse an einem gewissen Grad an vorteilhafter Einkommensungleichheit, das „Interesse“ an staatlicher Umverteilung nimmt dagegen deutlich ab. Somit ist hier die gewünschte Politik eine, die mit einem geringen Wert der Variablen  $G/Y$  einhergeht. Wie nun Abbildung 3 eindeutig zeigt, befindet sich der Großteil der deutschen Gesellschaft in der politischen Mitte oder knapp (links oder rechts) daneben. Ein Großteil der Deutschen wünscht sich demnach, ganz im Sinne eines Konzeptes individueller sozialer Präferenzen mit zusätzlich zur UA integrierter GA, nur ein moderates Maß an Umverteilung: Die Einkommensungleichheit soll nicht zu stark, aber auch nicht zu gering sein; zu große soziale Ungleichheiten sind auch bei den gleichheitsaversen Individuen nicht erwünscht, aber Einkommensunterschiede nach „unten“ sollen dennoch sichtbar und möglich sein (= Sichtweise der deutschen Mittelschicht). Dies bedeutet, dass sowohl die UA als auch die GA Einfluss auf die politischen Präferenzen besitzen, ohne das Konzept der GA lässt sich das nur moderate Interesse an Umverteilung in Deutschland nicht erklären.

Ein solches abgewogenes Interesse an Umverteilung lässt sich gut anhand von Abbildung 4 erklären, die sich an die Grafik von Sell und Stratmann (2009) anlehnt



**Abbildung 4:** Der Effekt von GA auf das Optimum bedingter individueller Nutzenfunktionen

Quelle: Sell und Stratmann (2009), S. 18.

und eine Erweiterung der bei Fehr und Schmidt (1999) gewählten Darstellung zum UA-induzierten Effekt auf  $U_i$  im Falle von gegebenem eigenem Einkommen  $x_i$  ist:

Wäre das eigene Einkommen  $x_i$  gegeben, so würde das betrachtete Individuum im Fall von ausschließlich existierender UA keinen Unterschied zwischen seinem Einkommen und dem Referenzeinkommen  $x_j$  wünschen: Jede, egal ob vorteilhafte oder nachteilige, Einkommensungleichheit würde dem Individuum bei gegebenem eigenem Einkommen Nutzenverluste verschaffen.<sup>11</sup> Das den Nutzen maximierende Einkommen  $x_j^*$  läge somit im Punkt  $x_i = x_j$ , also bei einer vollkommenen Einkommensgleichverteilung. Diesen Fall kann man anhand der geknickten Funktion A in Abbildung 4 deutlich ausmachen: Die Integration von GA führt jetzt zu einer Veränderung im Verlauf der bedingten Nutzenfunktion: Es entsteht beim Individuum ein bereits bei der Vorstellung der Idee der GA weiter oben dargelegtes, moderates Interesse an einer vorteilhaften (d.h.  $x_i > x_j$ ) Einkommensungleichheit. Im Optimum möchte sich ein Individuum mit GA in seiner sozialen Präferenzordnung von den für ihn relevanten Referenzindividuen (in unserem Beispiel also Individuum j) mit seinem Einkommen positiv absetzen. Deswegen erreicht die individuelle

<sup>11</sup>Gemäß der von Fehr und Schmidt (1999) gewählten Definition der UA führen Einkommensungleichheiten zum individuellen Nachteil ( $x_j > x_i$ ) zu größeren Nutzenverlusten als Ungleichheiten zum eigenen Vorteil ( $x_i > x_j$ )

Nutzenfunktion (Fall B) des Individuums  $i$  bei gegebenem  $x_i$  nun ihr Maximum in einem Punkt, für den  $x_i > x_j$  gilt. Der Verlauf der Funktion B stellt allerdings auch deutlich die Grenzen dieses Wunsches nach vorteilhafter Ungleichheit klar: Zu große Ungleichheiten führen, genau wie im Falle der UA, auch bei der nun modifizierten Funktion zu Nutzenverlusten, das Interesse an einem nicht zu geringen Einkommen des Individuums  $j$  bleibt auch im Falle von GA bestehen.<sup>12</sup> Solche vorteilhaften Einkommensungleichheiten sind aber nur bei begrenzter staatlicher Umverteilung möglich, d.h. bei mittleren Werten der Variablen  $G/Y$  auf der von oben bereits bekannten rechts-links-Skala der politischen Präferenzen.

Unter diesem Blickwinkel wird deutlich, dass es aus der Sicht einer gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt in Deutschland keineswegs optimal sein kann, wenn eine Regierung immer (wieder) versucht, die Einkommensungleichheit so stark wie nur eben möglich zu reduzieren. Es herrscht keine grundsätzlich linkslastige Verteilung (d.h. sehr hohe angestrebte Werte von  $G/Y$ ) der politischen Präferenzen – mit einer daraus resultierenden, ausschließlich dominierenden UA – vor, die ein solches Vorgehen wohlfahrtsökonomisch rechtfertigen würde. Zwar definiert Downs in seinem Modell ganz eindeutig die Stimmenmaximierung als das Ziel einer jeden Partei und lässt Wohlfahrtsaspekte bewusst aus. Aber auch im Hinblick auf dieses vorgegebene Ziel ist die grundsätzliche Fixierung auf eine Politik der Redistribution hin zu den „Armen“ nicht immer optimal: Wird im Parteiprogramm ein zu hohes Maß an Umverteilung eingeplant, dann ist eine Wahlniederlage durchaus möglich, nämlich dann, wenn es, wie in Deutschland, eine starke Ballung der politischen Präferenzen in der Mitte gibt und zu große Umverteilungen bei eben diesen Individuen zu großen, GA-bedingten Nutzenverlusten führen würde.

Somit lässt sich der Inhalt dieser Arbeit zu folgender Kernaussage zusammenfassen: Eine zu hohe geplante Umverteilung (= hoher Wert für  $G/Y$ ) kann deutlich mehr

---

<sup>12</sup>In dieser Eigenschaft liegt einer der wichtigsten Unterschiede zwischen dem Konzept der GA und den sogenannten *competitive preferences*, wie *spite* oder *envy*. Bei letztgenannten führt jede Reduktion von  $x_j$  zu Nutzengewinnen beim Individuum  $i$ , der Wunsch nach vorteilhafter Ungleichheit kennt somit bei diesen Präferenzkonzepten keine Grenzen.

Stimmen in der Mitte der Gesellschaft kosten, als sie am linken Rand einbringt, dies belegen die in dieser Studie verwendeten empirischen Daten. Eine staatliche Umverteilungspolitik, die den Aspekt der GA unberücksichtigt lässt, wird daher überrascht sein, wie viele Stimmen dadurch in der Summe verloren gehen können. Eine Erhöhung der geplanten Einkommensumverteilung (oder bereits auch nur deren Ankündigung) kann also durchaus die Chancen auf einen Wahlerfolg reduzieren. Ob dies tatsächlich der Fall ist, hängt vor allem davon ab, wie stark der Grad der vorgenommenen Umverteilung bereits ist und wie die politischen Präferenzen in der Gesellschaft verteilt sind.

Mit diesen Erkenntnissen kann man aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht auch gut erklären, warum in Deutschland zwischen 1998 und 2009 sukzessive ein politischer Wechsel von „links“ (Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen) nach „rechts“ (Sieg des bürgerlichen Lagers mit der „umverteilungsfeindlichen“ FDP) eingetreten ist. Im Umkehrschluss stellt diese reale politische Entwicklung auch eine Abstützung der oben abgeleiteten Kernaussage dieser Arbeit dar: Zu hohe reale oder in Wahlkämpfen angekündigte Umverteilung hat über die Zeit eine Koalition mit der Tendenz zu niedrigeren Werten für  $G/Y$  an die Regierung gebracht.

## 4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Downs beschreibt in seinem viel beachteten Modell unter anderem, wie die individuellen Präferenzen über die Nutzenmaximierung die politischen Präferenzen eines Individuums determinieren. Diese können in einem kontinuierlichen links-rechts-Schema ausgedrückt und eingeordnet werden. Geht man, wie im Downs-Modell, davon aus, dass die geplanten Staatsausgaben im Wesentlichen das politische Programm einer Regierung abbilden, so kann man aus den politischen Präferenzen für die Höhe der Staatsausgaben gleichzeitig auch auf das individuell gewünschte Maß an Umverteilung schließen. Die in Wahlen ausgedrückten politischen Präferenzen sind aber nicht unbedingt (strategisches Wählen usw.) die wahren politischen Präferenzen eines Individuums, d.h. rein aus Wahlergebnissen

kann man nicht mit Sicherheit auf die grundsätzliche Verteilung der sozialen Präferenzen in einer Gesellschaft schließen. Dazu braucht es vergleichsweise verzerrungsfreie empirische Daten über die „wahren“ politischen Ansichten, wie die in dieser Arbeit verwendeten Daten der Forschungsgruppe Wahlen.

Aus unserem Beitrag ergeben sich einige Erweiterungen zum und Konkretisierungen am bestehenden Downs-Modell: Spricht der Verfasser der Originalversion noch rein theoretisch von den denkbaren unterschiedlichen Verteilungen der politischen Präferenzen in einer Gesellschaft, so zeigen wir für den Fall Deutschland die konkrete Verteilung der vermutlich *tatsächlichen* politischen Präferenzen als Ausdruck der individuellen Nutzenmaximierung, die sich deutlich von der von Downs prognostizierten Verteilung für ein Land wie Deutschland unterscheidet. Die *tatsächlichen* politischen Präferenzen sind frei von möglichen strategischen (Wahl-)Überlegungen und enthalten weit weniger Verzerrungen als die Analyse von reinen Wahlergebnissen. Des Weiteren wird vom Eigennutz-Axiom des Downs-Modells Abstand genommen und untersucht, was die betrachtete Verteilung der politischen Präferenzen anhand der neuen empirischen Daten über die Bedeutung und Verteilung der aus der Theorie bestens bekannten UA und dem neuen Konzept der GA innerhalb der deutschen Gesellschaft aussagt. Außerdem kann anhand der empirischen Daten für Deutschland die Aussage des Downs-Modells widerlegt werden, dass demokratische Regierungen grundsätzlich immer ungleichheitsreduzierend tätig werden sollten. Ab einem gewissen Maß an Gleichheit kann es, neben wohlfahrtstheoretischen Gründen, auch aus der Sicht der geplanten Stimmenmaximierung für die Parteien zielführend sein, die gesellschaftliche Einkommensungleichheit zu erhöhen, statt sie weiter zu senken. Der wichtigste Grund hierfür ist, wiederum auf Deutschland bezogen, die Dominanz der gesellschaftlichen Mitte mit ihrer ebenfalls für das (Wahl-)Verhalten relevanten GA. Diese Argumente legen den Schluss nahe, dass es unter dem Blickwinkel der hier – mit Hilfe von empirischen Daten aus Deutschland – aufgezeigten Bedeutung von GA für die indi-

viduellen Präferenzen angebracht sein könnte, auch die Annahmen und Aussagen anderer Modelle der Neuen Politischen Ökonomie zu überdenken.

## 5 Literatur

- Black, D. (1948), On the Rationale of Group-Decision Making, *Journal of Political Economy* 56(1), 22-34.
- Donges, J. B. und Freytag, A. (2009), Allgemeine Wirtschaftspolitik (3. Auflage). Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Downs, A. (1957), An Economic Theory of Political Action in a Democracy, *Journal of Political Economy* 65(2), 135-150.
- Downs, A. (1968), Ökonomische Theorie der Demokratie. Mohr, Tübingen.
- Engelkamp, P. und Sell, F. L. (2007), Einführung in die Volkswirtschaftslehre (4. Auflage). Springer, Berlin/Heidelberg/New York.
- Fehr, E. und Schmidt, K. M. (1999), A Theory of Fairness, Competition, and Cooperation, *The Quarterly Journal of Economics* 114 (3), 817-868.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2010, 2007): PB Studie, Mannheim und Köln.
- Glatzer, W. (2009), Gefühlte (Un)Gerechtigkeit, Aus: Politik und Zeitgeschichte 47/2009, 15-20.
- Grüner, H.-P. (2006), Wirtschaftspolitik. Allokationstheoretische Grundlagen und politisch-ökonomische Analyse. Springer, Berlin/Heidelberg/New York.
- Hotelling, H. (1929), Stability in Competition, *The Economic Journal* 39, 41-57.
- Klump, R. (2006), Wirtschaftspolitik. Instrumente, Ziele und Institutionen. Pearson, München.
- Krumrey, H. (2010), 100 Tage Enttäuschung, in: Die Wirtschaftswoche Nr. 5 vom 01.02.2010, 18-21.
- Maaß, H. und Sell, F. L. (1998), Confident expectations, rational expectations and the optimal conduct of monetary policy, *Economic Modelling* 15, 519-541.
- Sell, F. L. und Stratmann, F. (2009), Equity Aversion, Inequity Aversion and Economic Welfare: On the Macroeconomic Substantiation of Microeconomic Utility Functions, Universität der Bundeswehr München. Fachgruppe für Volkswirtschaftslehre, Diskussionsbeiträge Nr. 2/2009

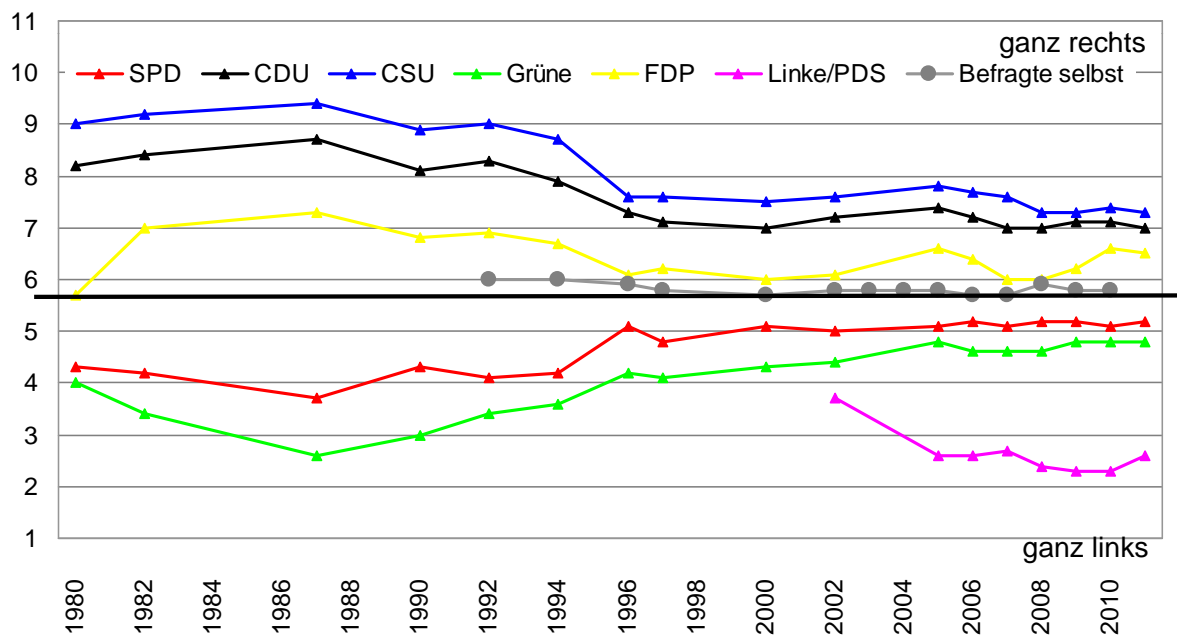


# A Anhang

## A.1 Zeitliche Konstanz der tatsächlichen politischen Präferenzen in Deutschland

### Links-Rechts-Einstufung der Parteien und der Befragten

(Durchschnittswerte auf Skala von 1-11, „ganz links“ bis „ganz rechts“)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

## A.2 Zeitliche Annäherung der politischen Programme in Deutschland

### Links-Rechts-Einstufung der Parteien

(Durchschnittswerte auf Skala von 1-11, „ganz links“ bis „ganz rechts“)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.







In dieser Reihe sind zuletzt erschienen / Recently published:

## 2010

- 22/03 **Morasch, Karl**, Intermediation by Heterogeneous Oligopolists
- 22/02 **Sell, Friedrich L.**, Desempleo, desajuste en el mercado laboral („mismatch“) e inflación: un modelo integrativo
- 22/01 **Sell, Friedrich L.**, Die Weltwirtschaftskrise als Exempel der Überinvestitionstheorie: Komplementäre Erklärungsansätze von v. Hayek/Garrison und Minsky

## 2009

- 21/03 **Bartholomae, Florian W., Karl Morasch und Rita Orsolya Tóth**, Smart Entry in Local Retail Markets for Electricity and Natural Gas
- 21/02 **Sell, Friedrich L. und Felix Stratmann**, Equity Aversion, Inequality Aversion and Economic Welfare: On the Macroeconomic Substantiation of Microeconomic Utility Functions
- 21/01 **Bartholomae, Florian W. und Alina M. Popescu**, Regional Income Distribution and Human Capital Formation. A Model of Intergenerational Education Transfer in a Global Context

## 2008


- 20/02 **Morasch, Karl und Rita Orsolya Tóth**, Assigning Tasks in Public Infrastructure Projects: Specialized Private Agents or Public Private Partnerships?
- 20/01 **Hartung, Thomas und Friedrich L. Sell**, Auf der Suche nach der „optimalen“ Finanzmarktaufsicht

## 2007

- 19/02 **Sell, Friedrich L.**, More about economic and non-economic determinants of (mutual) trust and trustworthiness
- 19/01 **Sell, Friedrich L., Martin Reidelhuber et al.**, Vertrauen und Sozialkapital an einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität der Bundeswehr München und in Deutschland. Eine empirische Studie.

## 2006

- 18/04 **Bartholomae, Florian W. und Karl Morasch**, Oil Price Indexing of Natural Gas Prices – An Economic Analysis
- 18/03 **Sell, Friedrich L. und Silvio Kermer**, William Poole in der modernen Makroökonomik – Exegese des ursprünglichen Beitrags und seiner Fortentwicklungen sowie Erweiterung für die offene Volkswirtschaft
- 18/02 **Sell, Friedrich L.**, The New Exchange Rate Policy in the Emerging Market Economies – with Special Emphasis on China
- 18/01 **Bartholomae, Florian W.**, Trade and Pension Systems



**Universität der Bundeswehr München  
Fachgruppe Volkswirtschaftslehre an der  
Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften  
D – 85577 Neubiberg**